

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa

Band IV/22

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 15. März 1970 bis zum 15. Dezember 1976

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

15.03.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja verdeutlicht in seiner Antrittsrede die künftige Verbandspolitik (x155/176-181): >>... Die verantwortlichen Organe des BdV sind und werden weiterhin für die Freiheit wie für einen gerechten Frieden eintreten. Ich könnte meine Pflicht nicht mehr wahrnehmen, wenn das Gegenteil der Fall wäre. Aber wahrer Friede ist nicht dort, wo sich eine Seite aller, auch der vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbaren eigenen Interessen entledigen soll. Friede ist nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten achtlos überrollt werden.

Jene, die uns nicht wohl wollen, behaupten, wir müßten das Unrecht, das uns widerfahren ist, hinnehmen, ja legalisieren, weil in deutschem Namen ungeheure Untaten vollzogen wurden. Wir sprechen nicht der Verschleierung von Untaten das Wort. Es ist aber ein dialektischer Trugschluß, daß deshalb ein neues Unrecht an einem Teil der Nation und an Millionen von Unschuldigen, das Unrecht der Deportation, der Vertreibung hingenommen, ja legalisiert werden soll, ohne letzte friedliche Bemühungen um eine zeitgemäße Form in der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, von neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte.

Wir distanzieren uns deshalb von der dem Völkerrecht unbekanntem, bei nüchterner Betrachtung auch moralisch anrühigen Begründung, daß wegen der in deutschem Namen begangenen Untaten die Annexionen und Vertreibungen von Deutschen widerspruchslos hinzunehmen sind. Untaten erfordern gerechte Sühne in einem geordneten Rechtsgang. ... Taten und Grausamkeiten gegenüber Menschen sind nicht verrechenbar.

Wer aber aus solchen Untaten eine einseitige, politisch gezielte Diffamierung zur Scheinbegründung von Annexionen und Deportationen ableitet, den müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, die auch an Deutschen begangenen Verbrechen ständig zu verschweigen und das Wissen darüber zu unterbinden. Wir sprechen nicht für Haß und Vergeltung.

Wir wissen, daß die tiefen Ursachen solcher Untaten eine überhebliche Übersteigerung des notwendigen nationalen Selbstverständnisses und der notwendigen nationalen Selbstbehauptung ist. Hier haben aber nicht nur die Deutschen geirrt, sondern lange vor 1930 hat es dort, wo andere Völker Macht über die Deutschen hatten, auch an Exzessen gegenüber unseren Landsleuten nicht gefehlt. Nur ein gemeinsamer, neuer, geläuterter Anfang kann uns nach diesen geschichtlichen Gegensätzen weiterhelfen.

Die Meinung, man schaffe Frieden, wenn man sich seiner Rechte entledigt und seine berechtigten Aufgaben preisgibt, setzen wir entgegen die Liebe auch zum eigenen Volk, ebenso die Achtung vor der Würde des Nachbarn und das ständige Bemühen um einen gerechten Ausgleich. Angesichts der vielen extremen Meinungen und radikalen Flügel tut uns bitter not die feste Mitte in einem selbstverständlichen, gesunden nüchternen und klaren Verhältnis zu Staat, Nation und Nachbarn!

... Wir lassen es uns nicht verbieten, mit friedlichen Mitteln zu versuchen, die Folgen von Faustrecht und Gewalt durch eine gesunde, erträgliche, gerechte Ordnung zu ersetzen.

Das natürliche und das positive Recht, aber auch das Völkerrecht, sind uns darum auch keine Zwirnsfäden, sondern unerläßliche Regeln des Zusammenlebens, die wir zu wahren verpflichtet sind und in deren Schutz wir uns begeben. Die für unser Volk politisch Verantwortlichen sollten gelernt haben, wie gefährlich es ist, Gewaltakte, eigene und fremde, zu legalisieren! ...

Absprachen und Verträge, die über die freie politische Entscheidung der besonders betroffenen Menschen und Gruppen hinweggehen oder sie gar ausklammern, haben schwerste Mängel! Sie haben weder Dauerhaftigkeit noch geschichtliche Bedeutung.

Wir werden solche Absprachen - auch über die Oder-Neiße-Linie - nicht anerkennen ... Nur gerechte Abkommen und Verträge haben Bestand in der Geschichte und machen Geschichte!

Annexionen mit Formeln zu heilen, widerspricht den Normen des Völkerrechts und daher auch dem Grundgesetz. Politisch beseitigen solche Formeln weder Mißtrauen noch Angst, sie schaffen kein Vertrauen und keine Glaubwürdigkeit, sondern sind Anlaß zu Auseinandersetzungen und Interventionen im passenden Augenblick. Sie sind also auch kein Ansatzpunkt zur wirklichen Entspannung. ...

Wer dauerhafte Lösungen will, muß sich vor allem um mehr Gleichgewicht der Verhandlungspartner bemühen.

... Im Oktober 1970 werden es 7 Jahre sein, daß der Staatsmann Konrad Adenauer, ... durch dessen, wenn auch begrenzte, aber so viel Vertrauen schaffende Leistung in manchen wieder ein maßvolles nationales Selbstbewußtsein entstand, vor dem Bundestag sich in einer knappen Rede verabschiedete. Er sagte damals im Oktober 1963: "Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund freier Nationen, und wir sind in dem Bund der freien Nationen ein willkommenes Glied geworden." ...<<

23.04.1970

BRD: Das BdV-Präsidium warnt vor den politischen Gefahren der neuen Ostpolitik (x155/184): >>... 2. Das Präsidium des BdV betont, daß das Grundgesetz und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts allen Organen der Bundesrepublik Deutschland verbieten:

die Aufteilung Deutschlands im Gegensatz zur freien Selbstbestimmung unseres Volkes, die Anerkennung von Okkupation und Annexionen ohne allgemeinen Friedensvertrag, ... die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibungen.

Abmachungen und Erklärungen, die dies nicht berücksichtigen, wird der BdV mit allen legalen Mitteln Widerstand entgegensetzen. Über Menschen- und Gruppenrechte dürfen sich auch Mehrheiten nicht hinwegsetzen. Solche Abmachungen haben keinen geschichtlichen Bestand. Sie dienen nicht dem dauerhaften Frieden ...<<

24.04.1970

BRD: BdV-Präsident Czaja lehnt das Grenzvertragsangebot der Bundesregierung an Polen ab (x155/185-186): >>Die Bundesregierung kann keine Grenzverträge für ganz Deutschland abschließen. Dieses ist eine Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung des gesamten deutschen Staatsvolkes. Die Bundesregierung verstößt auf das Schwerste gegen den Deutschlandvertrag, wenn sie eine polnische Westgrenze feststellt oder festschreibt.

Nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages muß die Feststellung der Grenzen Deutschlands bis zu einer friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden. ...<<

26.04.1970

BRD: Der BdV-Bundesvorstand protestiert gegen die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/187): >>Die Bundesregierung hat Warschau den Entwurf eines Vertrages unterbreitet, in dem festgestellt wird, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist.

Diese Absicht widerspricht dem bisher vertretenen Standpunkt, daß diese Frage nur von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag geregelt werden kann. Sie verstößt gegen die Zusage, daß keine Entscheidung hinter dem Rücken der Vertriebenen getroffen wird. Eine vertragliche Festschreibung des Status quo an Oder und Neiße wird von den Vertriebenen als Verrat am Selbstbestimmungsrecht und am Recht auf die Heimat empfunden. ...<<

27.05.1970

BRD: Der bereits vom Tode gezeichnete CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg spricht in seiner letzten Rede vor dem Bundestag über die Oder-Neiße-Grenze (x161/14): >>... Unter der Chiffre der Oder-Neiße müsse mehr und anderes verstanden werden als bloße Grenzfragen, nämlich verletztes Menschenrecht! ...

Jene, die heute glauben, dieses ganze, große, komplexe Problem der Gebiete jenseits der Oder und Neiße und der Menschen, die von dort stammen - und die dort heute ihre Heimat haben - mit dem gleichen Rezept, mit dem einfachen Festnageln von Grenzpfählen, bewältigen und

lösen zu können, die, die so denken, meine Damen und Herren, die denken in alten national-staatlichen Schemata.<<

31.07.1970

BRD: Das aktive Wahlalter wird durch Grundgesetzänderung auf 18 Jahre reduziert.

01.08.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja erinnert an "20 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x155/193-196): >>... Als die Charta verkündet wurde, war dafür die Begeisterung größer als heute. ... In unserer enger gewordenen Welt ist aber die Notwendigkeit gemeinsamer Aufgaben und der Überwindung des gemeinsamen Bedrohtseins in Europa größer geworden; näher aneinandergerückt haben die Völker Technik, Verkehr, Urlaubsreisen, die Jugend, die Mobilität der Menschen. Gemeinsame Währungs- und Wirtschaftspolitik und politische Abrundung der wirtschaftlichen Gemeinschaft sind die nächsten Aufgaben. Noch aber fehlt es in Europa an der politischen Einigung und an dem notwendigen eigenen, verstärkten und stärker selbstbestimmten Beitrag zur Sicherung der Freiheit und zum wirksamen Dienst an ihrer Verteidigung. ...

Gültig bleibt in dieser Verantwortung, wie sie die Charta betont, auch die Liebe zu unserem Volk und zu unserer Heimat. Auch dies ist heute umstritten, wird belächelt und angeklagt. Ich antworte mit den Worten, die der Regierende Bürgermeister von Berlin am 5.9.1965 gebrauchte: "Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wir haben der Gewalt, nicht aber dem Recht abgeschworen." Und er meinte, daß man sich dabei nicht über die Gesinnung der Vertriebenen kaltschnäuzig hinwegsetzen dürfe, daß es dabei keine Politik des doppelten Bodens mit leeren Versprechungen geben dürfe, sondern nur diese Politik, "für Deutschland und für die Deutschen zu bewahren, was zu bewahren ist". ...

Wir sollten nicht diejenigen, die sich vor 25 Jahren in Potsdam in Europa politisch nicht voll durchzusetzen vermochten, jetzt zu verstärktem politischen Ansehen, Einfluß und Macht verhelfen.

... Nur ein glaubwürdiger, für die Beteiligten tragbarer Ausgleich der Gegensätze ist auch für den Ostblock wirklich befriedigend und sichernd auf Dauer, nicht aber ein Zustand, der dem einen alles nimmt, dem anderen alles gibt. ... Einen dauerhaften Frieden und echtes Vertrauen kann man nicht mit kunstvollen Formeln, sondern nur durch einen gerechten Ausgleich stiften.

... Frieden ist noch nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten überrollt werden. Es hat vollends nichts mit Versöhnung und nichts mit Moral zu tun, wenn wegen der auch von uns nicht geleugneten, im deutschen Namen begangenen Grausamkeiten und den Taten nationaler Überheblichkeit konstant andererseits das vielfache Unrecht, das auch an Deutschen von anderen begangen wurde, verschwiegen, dafür aber die widerspruchslose Hinnahme des Unrechts der Vertreibung von Millionen Unschuldiger wegen der deutschen Untaten gefordert wird. Wir rechnen nicht auf, können und dürfen es nicht. Aber wir werden uns gegen jede Verantwortung der Person zerstörende Kollektivschuldbegründung und gegen völkerrechtlich unhaltbare Bestrafungsthesen wenden.

... Kein normaler Mensch wird, statt die Gesundheit mit vernünftigen Mitteln anzustreben, Krankheit und Unordnung als eine dauernde Realität hinnehmen oder geradezu anpreisen. ...

Wir wiederholen mit Punkt 7 des Memorandums der Deutschen Bundesregierung vom 29.5.1953 an Präsident Eisenhower, einem Memorandum bei Beginn der Erörterungen über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland: "Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. ..." Kurt Schumacher hat das wiederholt noch schärfer formuliert.

Unser Grundgesetz spricht in Art. 116 klar von Deutschland in den Grenzen von 1937, darauf gründen die Artikel 23 und viele andere Artikel des Grundgesetzes. ...<<

12.08.1970

UdSSR: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet den "Moskauer Vertrag". Im Artikel 3 heißt es (x024/268-269): >>Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. ...<<

Erstmals stellt eine deutsche Bundesregierung die territorialen Veränderungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in Frage (Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen).

19.08.1970

BRD: Die BdV-Pressestelle protestiert gegen den Moskauer Vertrag (x155/199): >>Der BdV ist sich nach wie vor darin einig, daß die Bundesregierung vom Grundgesetz her nicht berechtigt ist, Demarkationslinien und Sperrmauern in Deutschland in einem Vertrag als Grenzen zu bezeichnen. ...

Bindungen, die die Bundesregierung für ganz Deutschland und über die Grenzen und die Selbstbestimmungsrechte anderer eingeht, haben, soweit sie durch das Grundgesetz nicht gedeckt sind, keine Geltung. ...<<

05.09.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja berichtet in Berlin nach "25 Jahren Vertreibung aus der Heimat" über die Lage der Vertriebenen (x155/203-208): >>... Die Vertriebenen haben, zu 2 Dritteln noch arbeitslos, schon 1950 in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen feierlich Haß und Rache abgeschworen, Versöhnung und Verzicht auf Gewalt bei Durchsetzung des Rechtes vertreten.

Die heute meinen, allein der Sache des Friedens und der Versöhnung zu dienen, hörte man damals noch nicht. Allerdings bezeichnen wir es auch nicht als Frieden, wenn dem einen alles genommen, dem anderen alles gegeben und dieses sogar noch verbrieft wird.

Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen ... gar nichts zu tun. ... Wir haben keinen überheblichen Nationalismus - weder einen isolierten noch einen im Windschatten anderer Mächte - vertreten; wir wirken und sprechen für Europa. Deshalb wehren wir uns leidenschaftlich gegen Unterstellungen und Pauschalverdächtigungen. ...

Die Vertriebenen werden sich durch derartige Diffamierungen mitten im eigenen Volke nicht an den Rand der Gesellschaft und des Staates drängen lassen. Es ist die demokratische Pflicht der amtlichen Organe dieser Stadt auch für die Würde und den guten Namen aller Bürger, insbesondere derer einzutreten, die mit am schwersten an den Folgen des Krieges zu tragen haben! ...

Wir danken jenem Teil der Massenmedien und Kommentatoren, die uns positiv und kritisch begegnen. Die aber ständig auf der Jagd nach Gründen der Diffamierung sind, helfen nicht, Wunden zu heilen. Sie tragen vielmehr die Verantwortung für neues Mißverstehen und neue Verketzerung. ...

Wer die Heimat verloren hat, die formende und gewohnte Umgebung, Wege, Jugenderlebnisse, die Formung durch Landschaft, Familie und Nachbarn, gesellschaftliche Bindungen, Habe und Besitz, wer erlebt hat das Herausgerissensein aus Landschaft und Erlebnissen, die das Wachstum und das Leben geprägt haben, der weiß, was Heimat bedeutet.

Es ist hier so wie mit vielen Selbstverständlichkeiten. Erst der Kranke zum Beispiel weiß um den Wert der Gesundheit. ... Mit großer Entschiedenheit wehren wir uns gegen das hämische

Abwerten der Gefühle und Meinungen, vor allem auch älterer Menschen. Auch sie sind vollwertige Glieder unserer Gesellschaft und haben Anspruch auf Achtung ihrer Empfindungen. Wir sind deshalb nicht bereit, sie verspotten und beiseitedrängen zu lassen. ...

Mit gleicher Leidenschaft ringen wir aber auch um die Meinung der Jugend. Sie ist nicht durch gefühlsmäßige Erlebnisse aus unserer Heimat geformt. ... Viele junge Menschen im dritten Lebensjahrzehnt, wenn sie beruflich Fuß gefaßt haben, (fragen) nach dem Woher und Wohin ihrer Eltern, aber auch ihres eigenen Weges. Auch im Zeitalter der Weltraumfahrt kann man aus der Geschichte nicht aussteigen. Aus der Tradition schreitet man vorwärts nach den Grenzen des Lebens, und die Tradition wirkt bei dem einen stärker, bei dem anderen schwächer, auch in die Gegenwart hinein. ...

... Aus diesen 800 Jahren der Geschichte kann man in 25 Jahren nicht aussteigen. Diese Mitwirkung an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltung schafft geistigen Besitz, auf den man bei gerechtem Erwerb ebenso ein Eigentumsrecht im Rahmen des Gemeinwohls hat wie auf einen materiellen Besitz, den man weiterreichen kann an Erben, als Besitz und Aufgabe der Mitgestaltung. ... Die Lücken, die das Grauen der Kriegs- und Nachkriegszeit gerissen hat, sind nicht geschlossen. ...

Zur Pflege des Heimatbewußtseins gehören das Bekenntnis und die Verteidigung des Rechts auf die Heimat. Wir wehren uns leidenschaftlich dagegen, aus der Vertriebenen-Organisation Vereinigungen musealer Art, Vereine zur Pflege der Vergangenheit zu machen.

Wenn wir für das Recht auf die Heimat eintreten, sind wir keine Romantiker. ... Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948 ist aus der Erfahrung der bitteren Leiden von Millionen von Menschen und nicht aus romantischen Illusionen heraus verfaßt worden. ... Nach Artikel 9 darf niemand seines Landes und seiner Heimat willkürlich verwiesen werden. ...

Wir wissen, daß um die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit mit friedlichen Mitteln gerungen werden muß. ...

Wir sind nicht die ewig Gestrigen. Gerade deshalb sind wir der Meinung, daß man nicht mit Formeln, mit Papieren, mit der Verschleierung von Unrecht und Gegensätzen einen dauerhaften Frieden schaffen kann.

... Das Grauen der Vergangenheit muß uns alle geläutert haben. Man kann nicht nur von Verbrechen der Deutschen sprechen und über die Verbrechen an Deutschen eine Verschwörung des Schweigens breiten. Wir werden unsere Rechte und die Freiheit der Deutschen wie der Europäer mit allen legalen politischen Mitteln verteidigen und für die Wahrung des Grundgesetzes wie des Völkerrechts alle legalen Mittel ausschöpfen.

... Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, auch dann, wenn man uns darum diffamiert oder zu unterdrücken versucht, werden wir einzeln und soweit es geht in Gemeinschaft, nicht aufgeben, im Dienste für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer einzustehen ...<<

04.10.1970

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen verurteilt die Ostpolitik der SPD/-FDP-Regierung (x155/209-210): >>... Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und die Angebote an Ost-Berlin und Warschau sind Ausdruck einer Deutschlandpolitik, die sich mit der Feststellung von "Realitäten" begnügt, anstatt sie mit friedlichen Mitteln zu verändern, die damit die Massenvertreibungen, die Annexionen deutschen Staatsgebietes, die Teilung Deutschlands, die Mauer in Berlin und die Unfreiheit in Mitteldeutschland legalisiert ...

Recht und Freiheit, Sicherheit und Frieden sind für Deutschland gefährdet, wenn sich nicht jeder Deutsche zur Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes bekennt. Wer Vorteile zu gewinnen glaubt, indem er die Rechte seiner Mitbürger aufgibt, opfert Menschenwürde, Selbstbestimmung, freiheitliche Ordnung und die Einheit der Nation.

Der Weg nach Europa zu einer Friedensordnung und zu internationalem Vertrauen führt nur über Selbstachtung und Standfestigkeit, nicht jedoch über die Preisgabe menschlicher und staatlicher Rechte. ...<<

05.11.1970

Polen: Bundesaußenminister Walter Scheel erklärt in Warschau (x028/169): >>Die Bundesregierung kann nur die Bundesrepublik Deutschland verpflichten. Ihrem Handeln sind rechtliche Grenzen gesetzt.

Es gibt keinen Friedensvertrag, und so lange es keinen Friedensvertrag gibt, können die Rechte der Vier Mächte durch bilaterale Verträge nicht berührt werden. Unser polnischer Partner weiß, daß wir einen gesamtdeutschen Souverän nicht präjudizieren können.<<

06.11.1970

BRD: Das BdV-Präsidium warnt die SPD/FDP-Regierung vor den Folgen des Polen-Vertrages (x155/212-213): >>... 3. In zahlreichen offiziellen Erklärungen und Dokumenten hat die Volksrepublik Polen festgestellt, daß die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus ihren Wohnsitzen, also praktisch die Massendeportation der Deutschen, untrennbare Voraussetzung und Bestandteil der Gebietsänderung ist.

... Durch die Hinnahme der Folgen der völkerrechtlich verbotenen Zwangsaussiedlung droht eine Minderung und Behinderung der Menschenrechte der Vertriebenen - als einzelner und als Person in der Gemeinschaft - einzutreten ...

4. Das Bundesministerium des Innern als das für Verfassungs- und Staatsangehörigkeitsfragen zuständige Ministerium hat in seinem Gutachten für das Auswärtige Amt festgehalten, daß die Deutschen in den unter fremder Gewalt stehenden deutschen Ostgebieten deutsche Staatsangehörige sind. Bei den Verhandlungen in Warschau darf dieser Rechtsstandpunkt nicht aufgegeben und es dürfen keine Erklärungen abgegeben werden, die dazu führen könnten, daß diesen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit entzogen wird. ...

5. Offenbar soll die Auffassung aller früheren Bundesregierungen und der Sprecher der Opposition im Bundestag aus den Jahren 1950 bis 1969 aufgegeben werden, wonach die Bundesrepublik Deutschland kein Mandat hat oder beanspruchen soll, verbindliche Feststellungen über die Westgrenze Polens und somit über die Ostgrenze Deutschlands zu treffen. ...<<

13.11.1970

BRD: Kardinal Döpfner erklärt am 13. November 1970 auf der Jahresversammlung der Deutschen Sektion von Pax Christi in Würzburg (x064/11): >>... An die erste Stelle der Friedensaufgaben der katholischen Kirche der Bundesrepublik gehört zweifellos, und zwar auf viele Jahre hinaus, die Verständigung und Versöhnung mit Polen.

Wie immer man zu dem Vertrag stehen mag, über den gegenwärtig verhandelt wird, - diese Aufgabe ist und bleibt gestellt.<<

18.11.1970

Polen: Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphieren am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag (x064/71): >>Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen. ...

In dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,

sind (wir) wie folgt übereingekommen:

Artikel I

I. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und

von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. ...<<

19.11.1970

BRD: Die Landsmannschaft Schlesien berichtet über die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/214-215): >>1. ... Durch die Paraphierung des Warschauer Vertrages durch den Bundesaußenminister Walter Scheel wird auf Ostpreußen, den Osten Pommerns und Brandenburgs und auf ganz Schlesien zugunsten des polnischen Nationalismus und des kommunistischen Imperialismus verzichtet.

2. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens wird von der Bundesregierung ein zwischen 2 kommunistischen Gewaltsystemen abgeschlossenes Grenzabkommen nachvollzogen, die Oder-Neiße-Linie als Deutschlands Ostgrenze anerkannt und die Heimat von 9 Millionen Deutschen preisgegeben. ...

4. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens in Warschau ist nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, das sind 104.000 qkm und nahezu ein viertel Deutschlands in den Grenzen von Weimar, zum Ausland erklärt worden, sondern Deutschland in den Grenzen von 1937 hat, entgegen den Protokollen von London und Berlin und entgegen dem Grundgesetz als Rechts- und Geschäftsgrundlage, für die deutsche und internationale Politik aufgehört zu existieren.

5. ... Für die scheinbar gewährte und jederzeit widerrufbare Menschlichkeit, die sich von selbst verstehen sollte, wird mit Gleiwitz und Breslau, Stettin und Allenstein, das heißt mit über 700 Jahren deutscher Geschichte bezahlt. ...<<

20.11.1970

BRD: Bundeskanzler Brandt erläutert den deutsch-polnischen Vertrag (x064/75-76): >>... Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist ein beide Völker bewegendes Dokument. Er soll ein dunkles Kapitel der europäischen Geschichte abschließen. Es soll ein neues Kapitel einleiten. Die Zeit ist gekommen für den Schlußstrich und für den Neubeginn.

... Das polnische Volk hat Unsagbares erlitten müssen. ... Jetzt geht es um die friedliche Zukunft zwischen den beiden Ländern und Völkern.

Wer seine Angehörigen verloren hat, wem seine Heimat genommen wurde, der wird nur schwer vergessen können. ...

Trotzdem muß ich gerade in dieser Stunde die heimatvertriebenen Landsleute bitten, nicht mit Bitterkeit zu verharren, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. ...

Die Geschichte allein kann erweisen, ob dies, wie wir hoffen, der Beginn der eigentlichen Aussöhnung sein wird ...

Der Vertrag bedeutet selbstverständlich nicht, daß Unrecht nachträglich legitimiert wird. Er bedeutet also auch keine Rechtfertigung der Vertreibung. ...<<

Das BdV-Präsidium lehnt die Paraphierung des Warschauer Vertrages ab (x155/216-217): >>... Wir widersprechen heute und künftig der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.

Mit allen demokratischen Mitteln muß erreicht werden, daß den ungerechten und grundgesetzwidrigen Verträgen im Bundestag und Bundesrat die Zustimmung versagt wird. ...

Die Abtretung von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Oberschlesien und Teilen Brandenburgs an Polen steht im Gegensatz zum Grundgesetz, zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und zum Deutschlandvertrag. ...

Wir wissen um die furchtbaren Opfer des polnischen Volkes; wir dürfen aber auch das Unrecht, das Millionen unschuldiger Deutscher traf, nicht verschweigen. ...<<

22.11.1970

BRD: Die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg verurteilt die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/218): >>... Die Vertreibung von Millionen Menschen und die Annexion eines Viertels des deutschen Bodens werden nicht nur von deutscher Seite juristisch legitimiert, sondern - was schwerer wiegt -

Vertreibung und Annexion werden im Gegensatz zu allen geltenden Grundsätzen des Völkerrechts für die Zukunft als Mittel der Politik politisch und historisch gerechtfertigt. ...<<

27.11.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja richtet ein Telegramm an Bundesaußenminister Walter Scheel (x155/220): >>... Sie, Herr Bundesaußenminister, wollen sich mit der Begrenzung der Freizügigkeit in den seit Potsdam von Polen verwalteten Gebieten auf wenige Zehntausende Deutsche abfinden und zugunsten eines kurzlebigen politischen Scheinerfolgs die Menschenrechte von anderen Hunderttausenden preisgeben. ...

Sie sind glücklich darüber, daß Sie einen in Nichts geworfenen Verzicht auf über 100.000 qkm deutschen Gebietes aussprechen können und daß Sie der sowjetischen Nachkriegskonzeption von 1945 sowie ihrer Durchsetzung durch das Faustrecht der Massenvertreibung nun nach 25 Jahren die politische Zustimmung der Deutschen zu verschaffen versuchen.

Ihre Pflicht wäre es, die Menschenrechte in den deutschen Ostgebieten, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, die Rechte Deutschlands und der Deutschen, wie es das Grundgesetz vorschreibt, zu wahren.

Der von Ihnen paraphierte Vertrag darf keine Zustimmung des Parlaments erhalten. ...<<

07.12.1970

Polen: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wird anerkannt.

Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto "geht um die Welt".

Artikel I des Warschauer Vertrages lautet wie folgt (x024/269): >>Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Artikel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.

2. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

3. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.<<

22.12.1970

BRD: Kardinal Döpfner, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, erklärt am 22. Dezember 1970 (x064/11-13): >>... Die Bevölkerung in der Bundesrepublik wünscht in ihrer Gesamtheit die Aussöhnung mit dem polnischen Volk und ist bereit, dafür Opfer zu bringen. ... Die Aussöhnung zwischen den Völkern ist nicht Aufgabe der Politiker allein, sondern auch vor allem des Einzelnen und der Gruppen in jedem Volk. ... Wir danken den polnischen Bischöfen heute noch einmal dafür, daß sie uns während des 2. Vatikanischen Konzils ihre Hände zum Zeichen der Vergebung entgegengestreckt haben.

... Wir glauben nicht an einen Gott, der verhärtete Fronten und Strukturen garantiert, sondern an den Gott, der Neues schafft und uns helfen will, miteinander einen neuen Anfang zu setzen.<<

1971

>>Ein Deutscher ist großer Dinge fähig, aber es ist unwahrscheinlich, daß er sie tut.<<
(Friedrich Nietzsche)

13.01.1971

BRD: Das BdV-Präsidium erinnert an den 100. Jahrestag der deutschen Reichsgründung (x155/222): >>Das Deutsche Reich ist derzeit politisch zwar nicht handlungsfähig, aber es besteht nach dem Grundgesetz und auch nach völkerrechtlicher und unbestrittener internationaler Auffassung in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter. ...

Es ist Pflicht der Deutschen, insbesondere derer, die noch in Freiheit leben, Schaden von Deutschland zu wenden.

... Es war über Jahrhunderte der Wille der Deutschen, gemeinsam in Freiheit zu leben, und dies ist er auch heute. ...<<

27.02.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja sagt während der Eröffnungsrede einer BdV-Großveranstaltung in Bonn (x155/223-225): >>... 1971 soll wohl die parlamentarische Entscheidung über die Ostverträge fallen.

... Noch am 28.8.1966 sagte Wehner im Deutschlandfunk, direkt an Gomulka gewendet, daß niemand den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, der sowjetischen Besatzungszone als Staat und der Ausklammerung Berlins von uns für diplomatische Beziehungen mit Polen "im Ernst verlangen" könne. Heute wird ebenso "ernsthaft" das Gegenteil zugesagt, ohne daß sich in den 4 Jahren Entscheidendes geändert hat. Wird damit nicht die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit deutscher Aussagen wieder einmal überhaupt in Frage gestellt, und zwar bei Deutschen und Polen?

Es gibt bisher in dieser neuen Ostpolitik keine einzige Gegenleistung für Deutschland und die Deutschen! Von Entspannung kann keine Rede sein; nicht im freien Zusammenleben der Deutschen, aber auch nicht in Polen und in der Sowjetunion selbst. Dort wachsen die innere Spannung und der Widerstand gegen Not und Diktatur. ...

Die jetzt Verantwortlichen haben früher feierlich versprochen, für die Deutschen soviel wie möglich von Deutschland zu retten, aber nichts mehr davon hat man bei den Ostvertragsverhandlungen gehört.

Die Verträge sind auch kein Schritt zum wirklichen Frieden. Dieser entsteht nicht, indem man dem einen alles gibt und dem anderen das Weggenommene bestätigt. ...

Wenn Breschnew die Verträge als größten Sieg der sowjetischen Politik in Europa sei 25 Jahren bezeichnet, so soll in der Tat vieles von den Deutschen und von den Europäern weggegeben werden, was vor 25 Jahren weder verloren noch verspielt war! ...

Die organisierten Heimatvertriebenen sind nicht die ewig Gestrigen, sondern die Fürsprecher für zähes Verhandeln über konstruktive Alternativen auf nahe und auf weite Sicht.

... So sind wir die Rufer zur Umkehr von einem falschen politischen Weg und zur friedlichen Revision von Annexionen und Faustrecht zugunsten von Freiheit, Menschen- und Gruppenrechten und einer freien und gesicherten Ordnung für alle Völker und Volksgruppen in Europa!

... Was wir vermissen, ist Entschlossenheit, Starkmut, Maß und geschichtlicher Weitblick auf diesem Weg.<<

28.06.1971

BRD: Franz Stangl (1908 in Altmünster/Österreich geboren) stirbt am 28. Juni 1971 im Düsseldorf Zuchthaus.

Stangl leitete ab Mai 1942 das Vernichtungslager Sobibór und übernahm im September 1942 das Vernichtungslager Treblinka. Er wurde erst 1967 in Brasilien aufgespürt und später ausge-

liefert. Im Jahre 1970 erhielt Stangl eine lebenslängliche Zuchthausstrafe.

30.06.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja kritisiert die Änderung der bisherigen Deutschlandkarten (x155/234-235): >>Das Präsidium des BdV hat seit Wochen vor den Absichten der Bundesregierung zur Änderung der Karten- und Bezeichnungsrichtlinien gewarnt. ...

Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik dürfen aber nach wiederholter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 nicht als Ausland behandeln. ...

Dem Bewußtsein der Bürger soll möglichst unauffällig eingepflegt werden, daß unsere Verpflichtung zur Wahrung berechtigter Interessen ganz Deutschlands aufgehoben wird. ...

Freiheit bleibt Freiheit! ...

Noch immer sind alle Verfassungsorgane verpflichtet, alles zu unterlassen, was dem Inkraftsetzen des Grundgesetzes in den anderen Teilen Deutschlands entgegensteht und den grundgesetzlichen Auftrag zur freiheitlichen Einigung der Deutschen behindert.<<

29.08.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja sagt während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/235-242): >>26 Jahre nach der Vertreibung ist dieser Tag nicht nur ein Tag des Gedenkens an die Heimat, des Bekenntnisses zu ihr und zum Recht auf die Heimat! 1971 ist dieser Tag auch ein fast verzweifelter Aufruf zur Verteidigung der Freiheit von uns allen! ...

Die Ostdeutschen bringen manche Sachkunde über Osteuropa mit. Mit tiefem Erschrecken sehen sie, wie viele politisch Verantwortliche in der westlichen Welt gegenüber den eindeutig umschriebenen Zielen der sog. "friedlichen Koexistenz" den Kopf in den Sand stecken. Schon Lenin wollte in der Phase "des Übergangs bis zum umfassenden Sieg des Kommunismus zeitweilige Bündnisse mit nachgiebigen Kräften" der weltanschaulichen Gegner.

... Breschnew hat am 27. August und am 1. Dezember 1970 die Ostverträge als einen großen Sieg der "friedlichen Koexistenz" gefeiert. In zahlreichen Ostblockschriften kann man lesen, daß der Klassenkampf trotz der "friedlichen Koexistenz" mit größter Entschiedenheit fortzusetzen ist.

... Manulski meinte 1931, nach 30 Jahren käme die Stunde des Kommunismus; dazu bedürfe es des Elements der Überraschung; die Bourgeoisie (herrschende Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft) müsse eingeschläfert werden; man müsse theatralische Friedensbewegungen in Szene setzen. Die dekadenten kapitalistischen Länder würden an ihrer eigenen Zerstörung mitarbeiten. ...

Es sei dazu klar gesagt: Wir sind nicht überhaupt gegen Gespräche und Verhandlungen; aber eine wirkliche Koexistenz setzt eine weltpolitische Lage voraus, die die Sowjetunion zwingt, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten

... Es ist eine Illusion, wenn man meint, daß in einem Rote-Husaren-Ritt alle Gegensätze in Europa zu überwinden sind und die deutsche Frage in wenigen Monaten zu regeln ist. ...

Ein wirklich dauerhafter Friede setzt einen tragbaren, halbwegs gerechten Ausgleich voraus.

... Die Preisgabe von über 100.000 qkm Territorium von Deutschland und der Menschenrechte von Millionen Deutschen, die selbst an Unrechtstaten nicht schuldig waren, dazu noch die Teilung Restdeutschlands, das ist kein tragbarer und halbwegs gerechter Ausgleich!

Dies dient nicht einem dauerhaften und wirklichen Frieden! Weder für uns, noch für unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn. Für die Osteuropäer ist eine solche deutsche Einstellung ungläubwürdig. Dies gibt ihnen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Mißtrauen! ...

Gleichzeitig aber wachsen die östlichen Interventionsansprüche gegen unsere freiheitliche Rechtsordnung ...

Der stellvertretende polnische Außenminister Willmann verlangt die Änderung zahlreicher deutscher Gesetze, die Änderung unseres Bildungssystems und die Eliminierung der Vertriebenenorganisationen nach der Ratifikation des Warschauer Vertrages.

... Die Anerkennung aller Annexionen in Europa nach 1945, gerade durch die Deutschen und das völlige Ausklammern der Regelung aller personalen Rechte kann unmöglich dem Frieden dienen. ... Eine Entschädigung für die betroffenen Deutschen ist weder vereinbart, noch wird sie ins Auge gefaßt; umgekehrt drohen uns nach einer eventuellen Ratifikation ungeheure Schadenersatzforderungen.

... Wir haben nie das grauenhafte Unrecht verschwiegen, das Deutsche anderen zugefügt haben. Wir bedauern aber tief, daß man konstant das Unrecht, das an Deutschen begangen wurde, verschweigt. Das Unrecht vieler Deutscher rechtfertigt nicht die Massenvertreibung von Millionen unschuldiger Menschen. ...

Wir können auch nicht schweigen zu dem sich anbahnenden stillen und stillschweigend vollzogenen Verfassungswandel bei uns.

Der Deutschlandbegriff, auf dem das Grundgesetz gründet, das Verbot des Grundgesetzes in Artikel 23, daß die Bundesrepublik Verpflichtungen eingeht, die den Beitritt der anderen Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 zum Grundgesetz oder aber die Schaffung einer neuen freiheitlichen Ordnung durch freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes unmöglich machen, werden immer mehr ausgehöhlt.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Bestrebungen, wenn sie evident (offenbar) sind und die genannten Wege auf Dauer vertraglich zu verbauen drohen, wiederholt als verfassungswidrig bezeichnet. ...

Für uns ist das Grundgesetz kein juristischer Formelkram. ... Wir selbst haben es erlebt, daß dann, wenn der Kern des staatlichen oder internationalen Rechts erheblich verletzt wird, die Folgen katastrophal sind. Wir widersprechen daher mit Entschiedenheit jedem stillen Verfassungswandel! ... Dies hat schon einmal zur Zerstörung der Rechtsordnung in Deutschland, und zwar am Ende der Weimarer Republik, geführt! ...

Gerade weil wir nicht die ewig Gestrigen sind, wissen wir, daß man mit Formeln, mit Papieren und Verschleierung von Gegensätzen keinen dauerhaften Frieden stiften kann. ...

... 800 Jahre deutsche Präsenz im Guten und im Bösen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa sind nicht unbedingt nach 25 und 30 Jahren endgültig beendet. ...

... Nur wenn man die enge und nahe Zusammenarbeit im schwierigen Alltag, allerdings in garantierter Freiheit und Selbstverwaltung wagt, wird man die alten Gegensätze wirklich aufarbeiten.

Wenn wir für Versöhnung durch Gerechtigkeit und gesicherte Zusammenarbeit öffentlich auftreten, beschuldigt man uns des Revanchismus. ...

Am Tag der Heimat erbitten wir von unseren heimatvertriebenen Mitbürgern nicht nur freundliche Bekundungen des Mitgefühls. Wir bitten unser Volk um die Solidarität mit uns! ...

Ich wiederhole die Bitte des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen an die Verfassungsorgane, die Parteien und die freie Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, mit größter Entschiedenheit der wachsenden Bedrohung unserer Freiheit, unserer im Grundgesetz verankerten Rechtsordnung sowie einem stillen Verfassungswandel entgegenzuwirken. ...

Wir wollen unsere Rechte und das Offenhalten der deutschen Frage bis zu einem halbwegs gerechten Ausgleich mit allen legalen und friedlichen Mitteln verteidigen. ...

Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, wollen wir alle den Dienst für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer, den Dienst für einen gerechten und dauerhaften Frieden nicht aufgeben! Dafür trotz der Düsternis der Zeit ein herzliches Glückauf!<<

03.09.1971

BRD: Der ständige Rat der ostdeutschen Landesvertretungen berichtet über die "neue Ostpolitik" (x155/243-244): >>... Normalisierung, Entspannung, Versöhnung oder selbst Friede sind so lange nur betörende Schlagworte, wie sie allein Verzicht begründen sollen, Rechte von Staat und Menschen aber verschweigen. ...

3. Sind "die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und die Berliner Interessen" für den frei gewählten Bundestag und die Regierung nicht mehr identisch mit den rechtmäßigen Interessen ganz Deutschlands und aller seiner Bürger, ist also das Verfassungsgebot, "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", nicht mehr bindend?

4. ... Soll die Hinnahme von Massenvertreibungen als Achtung vor einer Selbstbestimmung der betroffenen Mitbürger gelten? ...

6. Können "menschliche Erleichterungen" auf dem Boden von Gewalttat und von Nichtachtung der Menschenrechte gedeihen, auf denen überlegene Macht beharrt? ...

8. Sind unsere Demokratie und ihre Regierung unfähig geworden, allen Bürgern zu dienen; werden Sicherheit und Frieden von Opfern erhofft, die ungefragt den Ost-Berliner, mitteldeutschen, ostdeutschen und vertriebenen Staatsbürgern abverlangt werden? ...<<

10.12.1971

Norwegen: Bundeskanzler Willy Brandt erhält in Oslo den Friedensnobelpreis.

24.12.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja fordert, die "neue Ostpolitik" zu reformieren (x155/250-251): >>... Von Entspannung ist in Rumänien, Jugoslawien, bei den Polen, bei den Tschechen und Slowaken nichts zu merken. ...

Die von Frieden nur schwärmten und ihn nicht mühselig durch zähes Ringen um schrittweisen Ausgleich der Gegensätze zu stiften, hatten vergessen, daß der Friede auch das Werk der Gerechtigkeit ist. ...

In dieser Welt gibt es meist nur kurzen Erfolgsjubel und lange dornige Wege. Die Welt ist weder heil noch unheil, aber sie ist schwierig. Ein Grund zur Verzweiflung liegt nicht vor.

... Auch in dieser Welt ist nichts endgültig geregelt, es sei denn halbwegs gerecht geregelt! Wer an eine sittliche oder gar an eine göttliche Ordnung für die Menschen in dieser Welt glaubt, wird die Zuversicht des inneren Friedens auch für dieses schwere Jahr nicht verlieren! ...<<

1972

>>Wer mit Güte den Schlechten sucht zu gewinnen, pflügt nutzlos die Wolken, wäscht unsichtigen Wind und malt in die Wogen.<< (Bhaminivilasa)

24.02.1972

BRD: Franz Josef Strauß (CSU) kritisiert während einer Bundestagsrede die Ostverträge (x073/258): >>Diese Verträge dienen nicht der Versöhnung mit den Völkern, sondern der Befriedigung der Wünsche ihrer Machthaber. ...

Diese Verträge bedeuten eine Festigung des sowjetischen Besitzstandes ...

Meine politischen Freunde und ich sind der Überzeugung, daß diese Verträge in der vorliegenden Fassung, die über militärischen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hinausgeht, einen Bruchpunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeuten auf der Straße, an deren Ende nur Unheil stehen kann.<<

25.02.1972

BRD: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Schröder sagt in der Debatte über die Ratifizierung der Ostverträge (x148/157-158): >>Die Bereitschaft der Sowjetunion zu Abmachungen mit uns war vor - sagen wir - 5 oder 6 Jahren sicherlich geringer als jetzt, und ihre Sorgen waren geringer. Wenn also eine wachsende Bereitschaft der Sowjetunion ihrer veränderten Interes-

senlage entspricht oder entsprach, so konnte auf unserer Seite mit mehr Geduld, mit mehr Festigkeit und mehr Ausdauer verhandelt werden, statt hastig zuzugreifen, obwohl noch sehr wenig auf dem Tisch lag. ...

Unsere Kritik an den Verträgen beruht auf der Befürchtung, daß die Teilung Deutschlands vertieft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen erschwert wird; das im Deutschland-Vertrag niedergelegte Engagement unserer 3 großen westlichen Verbündeten, zu einer freiheitlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, mit Sicherheit durch diese Verträge nicht gestärkt, sondern vermindert wird. ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja warnt die Bundesregierung (x155/252-253): >>Es geht um die tiefen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die individuellen Rechte von Millionen Deutscher. ... Wenn sie auch nicht die früheren Vertreibungstatbestände als legitim anerkannten, haben sie doch die Folgen dieser Vertreibung, insbesondere für die Zukunft ohne Rechtswahrung hingenommen und die Folgen der Zukunft legalisiert! Die Aufarbeitung auch des Unrechts der Massenvertreibungen und der Ansatz zur Wiederherstellung der Menschenrechte fehlt.

Es ist ein einmaliger Fall in der deutschen Vertragsgeschichte, daß 108.000 qkm als Ausland festgestellt wurden und für die betroffenen Menschen nichts vereinbart worden ist; weder für diejenigen, die nach der Vertreibung hier leben, noch für diejenigen, die in ihrer Heimat als Deutsche sich noch befinden.

... In der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes ist sein Übergangscharakter und der Vorbehalt der Rückgabe oder Entschädigung des verlorenen Vermögens verankert. Solange die Bundesrepublik Deutschland sich nicht selbst ihrer politischen und Rechtsposition auf unsere Heimat begibt, mag dies gelten. Wenn sie dies aber tut und nicht gleichzeitig ihre Schutzpflicht für das in der Heimat entzogene Eigentum erfüllt, muß sie entschädigen, und zwar vor allen anderen bevorstehenden wesentlichen Leistungen an das Ausland! ...

Ohne die Festschreibung dieser Gebiete als Ausland gab es fast besser funktionierende Handelsabkommen als jetzt. Für die Lieferung von Getreide durften 1957 über 100.000 Deutsche aussiedeln, das 4fache von 1971; 1958 = 120.000, das 5fache der jetzigen Zahlen. ...<<

29.02.1972

BRD: Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka erklärt am 29. Februar 1972 seinen SPD-Austritt und beantragt die Aufnahme in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (x155/254-255): >>Es ist schlechter Stil, wenn ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Willy Bartsch und Dr. Franz Seume als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen - beiden Ausschüssen gehöre ich seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 1969 an - in dem Augenblick von der Fraktionsspitze der SPD abberufen werde, da es um eine für den einzelnen und das ganze deutsche Volk gravierende Entscheidung geht. Wer als Sozialdemokrat gegen Text, Inhalt und die Folgen der Ost-Verträge schwere Bedenken vorbringt, soll mundtot gemacht werden, indem er von den Beratungen über die Verträge ausgeschlossen wird. ...

Ich habe mich noch nie einer Autorität gebeugt, die für sich Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt.

... Durch diese Verträge wird die Teilung Deutschlands festgeschrieben, die Möglichkeit, Deutschland in Freiheit wiederzuvereinigen, zugeschüttet, gleichzeitig die Freiheit nicht sicherer. ...

Noch bis zur Wahl vom Herbst 1969 war von den ersten Repräsentanten der SPD zu hören, daß so viel wie möglich von Deutschland für das deutsche Volk zu retten ist, daß Faustrecht nicht als Recht ausgegeben werden darf. Was aber jetzt geschieht, steht im krassen Widerspruch zu den früheren Äußerungen.

... Darum verlasse ich nach reiflicher Überlegung die SPD. ...<<

22.04.1972

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja verurteilt den Abschluß der Ostverträge (x155/258-261): >>...
Von den Deutschen begangenes Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht. ...
Wer Unrecht sühnen will, kann dies durch eigene Leistung, aber nicht durch Verzicht auf die unabdingbaren Menschen- und Freiheitsrechte Dritter, die ihn nicht dazu beauftragt haben.
... Mit moralischen Scheingründen darf man sich nicht über die zumutbare Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Die Vertriebenen sagen Ja zu Frieden und Freiheit, aber ebenso eindeutig Nein zu jeder Unfreiheit und zum Festschreiben des Unrechts. ...
Wir brauchen wieder Regierungen, die die Menschenrechte, die Freiheit und die grundgesetzliche Ordnung mit Entschiedenheit gegenüber Verbündeten und Gegnern vertreten. ...<<

07.05.1972

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja lehnt die Ratifizierung der Ostverträge entschieden ab (x155/-261-263): >>... Wir dürfen und können nicht unsere Heimat vom deutschen Inland zum Ausland machen! Auch das Grundgesetz verwehrt uns das. Normale Mehrheiten des Bundestages können dies nicht beschließen! Und 2 Drittel der Abgeordneten werden einem Grenzvertrag nicht zustimmen! Ein neues Ermächtigungsgesetz zu stillschweigendem Verfassungswandel darf es nicht geben!
Wir dürfen keine Grenzen in Deutschland anerkennen! Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht das Recht, ohne friedensvertragliche Regelungen über Teile Deutschlands zu verfügen.

...

Es gibt keine echte Normalisierung ohne die Heilung verletzter Menschenrechte! Man darf nicht die Folgen von Faustrecht und Massenvertreibung legalisieren. Man darf nicht rechtswidrige Enteignungen von Millionen Menschen hinnehmen! ... Wir können zu den haßvollen Übergriffen gegen Deutsche nicht schweigen. Dies dient nicht dem Frieden! ...
Auch ein besiehtes Volk hat Anspruch auf Menschenrechte, Selbstbestimmung und einen gerechten Frieden. Dafür haben die Verträge nichts getan! ... Immer offener wagt man die Behauptung aufzustellen, die Ostdeutschen müßten eben die Zeche für das ganze Volk bezahlen! Dagegen erheben wir schärfsten Einspruch! ...<<

10.05.1972

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. Mai 1972 über die heftigen Debatten um die Ostverträge: >>... Freiherr von und zu Guttenberg (CSU): "Es heißt den Frieden gefährden, wenn man den Forderungen derer nachgibt, die die Menschen unterdrücken. Wer den Frieden will, muß für die Freiheit streiten - offen, ohne Vorbehalte und Umwege."
Rainer Barzel (CDU): "Der Bundeskanzler sagt, durch die Verträge wird nichts verschenkt. Wer die deutschen Vorleistungen dieses Vertrags als nichts bezeichnet, hat zu Aussöhnung und Geschichte ein anderes Verhältnis als wir." ...<<

20.05.1972

BRD: Der Deutsche Bundestag beschließt am 20. Mai 1972 die Ratifizierung des "Moskauer Vertrages" und des "Warschauer Vertrages". Die CDU/CSU-Fraktion stimmt nicht für diese Ostverträge, sondern entscheidet sich für Enthaltung.
Nur die gemeinsame Erklärung zu den Ostverträgen wird fast einstimmig gebilligt. Danach stellen die Ostverträge keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland dar und schaffen keine Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen.
Im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken heißt es u.a. (x156/7): >>... Artikel 1 Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen. ...

Artikel 3 ... Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;

sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;

sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.<<

Die Bundesregierung stellt in ihren Erläuterungen zur Ratifizierung der Ostverträge fest (x024/270): >>Solange eine friedensvertragliche Regelung noch aussteht, gelten die Rechte und Verantwortlichkeiten der 4 Mächte für Deutschland als Ganzes und für Berlin weiter.<<

01.09.1972

DDR: An der "Zonengrenze" werden sämtliche Schutzstreifen und Sperrzonen kontrolliert. Die DDR-Grenztruppen dürfen bei Fluchtversuchen weiterhin Schußwaffen einsetzen.

11.09.1972

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja sagt während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/280-283): >>... Ungerechte Verträge sind nicht das Ende der Politik und nicht das Ende der Geschichte. Und Urkundsbeamte haben nicht das Recht, Lebende totzuschreiben. Dieses Recht haben sie weder vor unserer freiheitlichen Ordnung, noch haben sie dazu die Vollmacht vom Grundgesetz! ...

Uns verurteilen jene, die die Probleme Ostdeutschlands und Osteuropas nicht kennen, die nur vom Frieden schwärmen und nicht seine Grundlagen in Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit und nüchtern-gerechter Liebe zu bauen versuchen, die nicht die Lücken kennen, die Kriegs- und Nachkriegszeiten in der Begegnung der Völker, der Besiedlung der Räume und dem Aufbau eines menschenwürdigen Lebens in unserer Heimat hinterlassen haben; die meinen, es sei Friede, wenn die Deutschen sich auf den Boden legen und ihre berechtigten Anliegen einwalzen lassen.

Uns verurteilen Leute, die die Europäische Menschenrechtskonvention nicht gelesen haben und nicht wissen, daß auch nach freiheitlichem Völker- und Menschenrecht Massenvertreibungen ein den Frieden bedrohendes, in zumutbarer Weise wieder gutzumachendes Unrecht sind ...

Zu viele wollen nur Verbrechen der Deutschen an Angehörigen anderer Völker, was wir keineswegs verschleiern wollen, sehen, aber konstant Verbrechen, die auch an Deutschen begangen worden sind, verschweigen. Wir wollen nicht gegeneinander aufrechnen, aber wir wehren uns entschieden dagegen, daß man bei berechtigter Verurteilung von Verbrechen neues Unrecht an Unschuldigen zu rechtfertigen sucht, und es ist pharisäisches Gehabe, wenn man die Ostdeutschen die Zeche für die schweren politischen Fehler des ganzen Volkes allein bezahlen lassen möchte. ...

Deutsches Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Persönliche Schuld ist im geordneten Rechtsgang zu sühnen. Dies wurde bei uns versucht, im Ostblock gibt es aber nicht ein einziges Urteil wegen der an Deutschen begangenen Grausamkeiten. ...<<

19.11.1972

BRD: Bei der vorgezogenen 7. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: SPD = 45,8 %, CDU/CSU = 44,9 %, FDP = 8,4 %.

14.12.1972

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

21.12.1972

BRD: Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird unterzeichnet (Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das jeweilige Staatsgebiet, Austausch ständiger Vertreter, Unverletzlichkeit der Grenzen, Antrag beider Staaten auf UNO-Mitgliedschaft).

1972

Polen: Ministerpräsident Jaroszewicz (1909-1992) berichtet im Jahre 1972 über das polnische Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland (x148/158-159): >>Weitere Festlegungen im Prozeß der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen werden schrittweise vorgenommen werden ...

Den ersten Platz nehmen in diesem Zusammenhang einige Rechtsakte der Deutschen Bundesrepublik ein, die von der Voraussetzung der Existenz Deutschlands in den Grenzen von 1937 ausgehen. Ein besonderes Beispiel für den revisionistischen Charakter dieser Akte ist das Gesetz über die deutsche Staatsbürgerschaft. ...

Ganz und gar im Widerspruch zu Buchstaben und Geist des Vertrages steht auch die bisherige Tätigkeit der revisionistischen Organisationen, der sog. Landsmannschaften, zumal sie von Regierungsinstitutionen finanziert werden.

Eine wichtige Frage für die Gegenwart, aber noch mehr für die Zukunft ist die Beseitigung von Informationen aus den Schulbüchern der Deutschen Bundesrepublik, die die Geschichte Polens und das heutige Gesicht des Landes entstellen. Diese Schulbücher pflegen - in vielen Fällen - nationalistische und revisionistische Traditionen. Ein positives Element ist die Tatsache, daß eine eigens dazu einberufene Gruppe polnischer und westdeutscher Fachleute, die unter der Schirmherrschaft der nationalen Komitees der UNESCO arbeitet, bereits mit entsprechenden Arbeiten begonnen hat. ...

Ein weiteres Problem, das der Regelung bedarf, ist die Frage der Entschädigung, insbesondere im Zusammenhang mit Zwangsarbeit und Einkerkierung in den hitlerischen Konzentrationslagern. Wir sind der Ansicht, daß eine elementare Entschädigung für die vom Hitlerismus verübten Verbrechen und das von ihm begangene Unrecht eine moralische Pflicht der Deutschen Bundesrepublik ist.

Ein geschicktes Vorgehen von unserer Seite werden die kulturelle Zusammenarbeit und die Entwicklung von persönlichen Kontakten erfordern. ... Dies erlegt allen zuständigen Institutionen die wichtige Verpflichtung auf, die Kontakte sorgsam auszuwählen und die Richtungen der künftigen kulturellen Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesrepublik zu bestimmen.

...<<

1973

>>Keines Menschen Gedächtnis ist so gut, daß er ständig erfolgreich lügen könnte.<< (Abraham Lincoln)

20.01.1973

USA: US-Präsident Richard Nixon sagt während seiner 2. Amtseinssetzung am 20. Januar 1973 (x056/137): >>Ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist es, was Amerika in diesem Jahrhundert an verantwortungsvollem, großherzigem, schöpferischem und fortschrittlichem Tun aufzuweisen hat.

Laßt uns stolz sein darauf, daß unser System mehr Freiheit und mehr Überfluß für mehr Menschen hervorgebracht und bereitgestellt hat als irgendein anderes System in der Geschichte der Menschheit.

Laßt uns stolz sein darauf, daß wir in keinem der 4 Kriege, an denen wir in diesem Jahrhundert beteiligt waren, auch nicht in dem, den wir jetzt im Begriff sind zu beenden (Vietnam),

um eines selbstsüchtigen Vorteils willen gekämpft haben, sondern stets um anderen zu helfen, einem Angriff zu widerstehen.

Laßt uns stolz sein darauf, daß wir durch unsere kühnen, neuen Initiativen und durch unsere Beharrlichkeit in der Sache eines ehrenhaften Friedens einen Durchbruch erzielt haben in Richtung auf etwas, das die Welt bisher nicht gekannt hat: die Schaffung einer Friedensordnung, die nicht nur in unserer Zeit, sondern auch künftig Bestand haben kann.<<

08.03.1973

DDR: Die SED-Regierung lehnt sämtliche Wiedergutmachungsforderungen Israels ab.

11.05.1973

BRD: Der Bundestag ratifiziert den sog. Grundlagenvertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (x156/8): >>... Artikel 3 Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt enthalten.

Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. ...<<

31.07.1973

BRD: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt die Zulässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR (x070/168).

Die Bundesverfassungsrichter stellen jedoch im "Grundlagenvertragsurteil" klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht und mit der Bundesrepublik (teil)identisch ist (x028/169): >>... Das Deutsche Reich existiert fort, ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<

18.09.1973

USA: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden in die Vereinten Nationen aufgenommen.

11.12.1973

CSR: Durch Unterzeichnung des Prager Vertrages wird das Münchener Abkommen vom 29.09.1938 "als nichtig" erklärt (x024/269-270): >>Artikel I: Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik betrachten das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig. ...

Artikel IV: 1. In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Grundsätzen bekräftigen die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik die Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

2. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.<<

Die Bundesrepublik und die Tschechoslowakei nehmen anschließend diplomatische Beziehungen auf.

1974

>>Ein von Zorn getrübbtes Auge sieht nicht mehr, was recht oder unrecht ist.<< (Bernhard von Clairvaux)

01.02.1974

DDR: Ab 1. Februar 1974 dürfen DDR-Bürger, die Devisen besitzen, im "Intershop" einkaufen.

In diesen Läden gibt es vor allem "Westprodukte" und manche Waren aus der DDR-Produktion, die man sonst nirgends erwerben kann. Wer kein Westgeld hat, besorgt sich DM durch illegale Tauschgeschäfte (zum Kurs von 1:5). Für die SED sind die Intershops wichtige Devisenbringer.

22.03.1974

BRD: Die Volljährigkeit wird von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, während man die Ehemündigkeit der Frauen von 16 auf 18 Jahre erhöht.

24.04.1974

BRD: Günter Guillaume (persönlicher Referent des Bundeskanzlers Brandt) wird wegen Spionage für die DDR verhaftet. Es entwickelt sich der größte Spionagefall seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Der angebliche "DDR-Flüchtling" Günter Guillaume war im Jahre 1956 mit seiner Frau in die Bundesrepublik Deutschland "geflohen". Guillaume wurde später Mitglied der SPD und erhielt 1970 eine Stelle im Bundeskanzleramt. Er war seit Februar 1973 Kanzlerreferent und konnte deshalb geheime Informationen über Gespräche und Entscheidungen des Kanzlers und führender SPD-Politiker an die DDR weiterleiten.

06.05.1974

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt tritt infolge der "Spionageaffäre Guillaume" zurück. Die Regierungskoalition (SPD/FDP) bleibt bestehen.

15.05.1974

BRD: Walter Scheel wird neuer Bundespräsident.

16.05.1974

BRD: Helmut Schmidt (SPD) wird zum Bundeskanzler gewählt.

05.08.1974

CSR: "Radio Prag" dementiert angebliche Nachkriegsverbrechen an Deutschen (x025/71): >>Man braucht nicht viel Phantasie, um zur Erkenntnis zu kommen, daß die rund um die sog. "Dokumentation" entfesselte Kampagne über an Deutschen begangene Verbrechen eine schamlose Geschichtsfälschung bedeutet.<<

07.10.1974

DDR: Das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR tritt in Kraft. Dieses Gesetz beseitigt u.a. die Begriffe "deutsche Nation" und "Deutschland".

26.10.1974

DDR: Die SED senkt den Mindestumtausch für Reisen in die DDR von tägliche 20 DM auf 13 DM und für Reisen nach Ost-Berlin auf 6,50 DM, um eine Verlängerung des westdeutschen "Swing-Kredites" (zinsloser Überziehungskredit) zu erreichen.

17.11.1974

DDR: In den katholischen Gemeinden der DDR kritisiert ein "Hirtenwort" der katholischen Bischöfe das staatliche Erziehungsmonopol der SED. Der Erfolg dieser Kritik ist jedoch nur gering, denn in der DDR beträgt der Bevölkerungsanteil der Katholiken lediglich 0,7 %.

1975

>>Gewissensbisse erziehen zum Beißen.<< (Friedrich Nietzsche)

23.02.1975

UdSSR: Der sowjetische Sender "Radio Frieden und Fortschritt" leugnet am 23. Februar 1975 Massenverbrechen der Roten Armee während der sowjetischen Befreiungsmission 1944/45 (x025/70): >>Es ist gut bekannt, das der sowjetische Soldat gegen Kinder und Frauen nicht gekämpft hat, und bekannt ist auch, daß einzelne Fälle von disziplinären Ausschreitungen in unserer Armee aufs strengste bestraft wurden, obwohl es sich um Soldaten handelte, deren überwiegende Mehrheit nach Deutschland gekommen war, nachdem sie im Ergebnis der faschistischen Aggression Heim, Familie, die nächsten und teuersten Menschen verloren hatten. Keine andere als die Sowjetarmee nahm die Versorgung und die Belieferung der Zivilbevölkerung in den von ihr eingenommenen Gegenden auf sich, was unter den Verhältnissen jener Zeit die Rettung des Lebens von Millionen und Abermillionen Deutschen bedeutete. ...<<

27.05.1975

USA: In einem Brief an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas bestätigt das State Department die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens (x028/239): >>... Die in diesen Erklärungen ausgedrückte Haltung ist noch die offizielle Position der Vereinigten Staaten.<<

27.06.1975

Großbritannien: Die britische Botschaft beantwortet am 27. Juni 1975 einen Brief des nordamerikanischen Historikers Alfred M. de Zayas (x028/239): >>... daß die Rechtsposition der Regierung Ihrer Majestät dieselbe bleibt, zu der sie durch die Abmachungen des Potsdamer Protokolls verpflichtet ist. Nämlich, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten sollte.<<

07.07.1975

BRD: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe lehnt eine Verfassungsbeschwerde gegen die "Ostverträge" ab.

Im Beschluß des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes zu der Verfassungsbeschwerde gegen die Ostverträge heißt es (x067/147): >>Den Verträgen kann nicht die Wirkung beigemessen werden, daß die Gebiete östlich der Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl territorialen als auch der personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polen endgültig unterstellt worden seien.

Die Bundesregierung ging ... bei Abschluß der Ostverträge in einer für die Verhandlungspartner erkennbaren Weise davon aus, daß sie nicht befugt gewesen sei, eine ... Verfügung über den rechtlichen Status Deutschlands im Sinne einer friedensvertraglichen Regelung zu treffen. Sie hat sich dabei auf die Gesamtverantwortung bezogen, welche die 4 Mächte für Deutschland als Ganzes tragen.<<

Da das "Schlesierlied" und andere ostdeutsche Lieder "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar sind", läßt das Verteidigungsministerium diese Lieder aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen.

09.10.1975

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Oktober 1975: >>2,3 Milliarden - Polen läßt Deutschstämmige raus. Verträge mit Polen: Kredit der Bundesrepublik von 1 Milliarde Mark und 1,3 Milliarden Pauschale für in ehemals deutschen Gebieten Lebende mit Ansprüchen an die deutsche Rentenversicherung. Dafür sollen weitere 125.000 Deutschstämmige in die Bundesrepublik ausreisen dürfen.<<

1976

>>Wer Wahrheit sucht, darf nicht die Stimmen zählen.<< (Gottfried W. Freiherr von Leibniz)

19.02.1976

BRD: Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (späterer Bundespräsident) kritisiert im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halben Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten.<<

23.04.1976

DDR: Auf dem ehemaligen Platz des Berliner Stadtschlusses wird der "Palast der Republik" eröffnet. Der "Palast der Republik" bzw. "Palast des Volkes", der mehr als 1 Milliarde Mark kostet, dient in erster Linie als Sitz der Volkskammer. Die gläserne Frontverkleidung soll die Offenheit des SED-Parlamentes vor der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

18.08.1976

DDR: Der evangelische Pastor Oskar Brüsewitz verbrennt sich auf dem Marktplatz von Zeitz, um mit seinem Freitod gegen die Unterdrückung der christlichen Lehre und Erziehung zum Haß durch das SED-Regime zu protestieren. Über hundert Menschen sehen die mit Benzin übergossene lebende Fackel. Die evangelische Kirchenleitung distanziert sich von der Selbstverbrennung, denn Selbstmord ist durch die Religion verboten und gilt als schwere Sünde. Das SED-Regime versucht später vergeblich, den Pastor als Geisteskranken hinzustellen.

03.10.1976

BRD: Bei der 8. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 48,6 %, SPD = 42,2 %, FDP = 7,9 %.

16.11.1976

DDR: Das SED-Regime entzieht dem Liedermacher Rolf Biermann das Aufenthaltsrecht in der DDR. Biermann erregte durch seine kritischen Texte den Mißmut der SED-Funktionäre und erhielt bereits 1965 Reise- und Berufsverbot.

21.11.1976

USA: Sir Denis Allen schreibt am 21. November 1976 an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas (x028/243): >>Sämtliche Potsdamer Abmachungen waren eindeutig als vorläufig gedacht, in dem Sinne, daß man mit einer endgültigen Friedensregelung rechnete. Einerseits machte man sich keine Illusionen über die voraussichtlichen Schwierigkeiten, spätere Änderungen durchzusetzen, vor allem im Hinblick auf die territorialen Vereinbarungen im Osten, wo die Russen im Besitz des Gebietes waren.

Andererseits faßten wir es nicht so auf, daß es die Aufgabe irgendeiner künftigen Friedenskonferenz sein werde, einfach die Potsdamer Vereinbarungen zu bestätigen, auch nicht, was die polnisch-deutsche Grenze und die Umsiedlung deutscher Einwohner anging.<<

15.12.1976

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.